

# Unkontrollierte Gewaltprävention

*Wirkung vorbeugender Massnahmen wird kaum überprüft*

Wie wirken Massnahmen zur Prävention gegen Jugendgewalt? – Diese Frage wird in der Schweiz kaum fundiert beantwortet, auch wenn auf verschiedenen Ebenen Geld für vorbeugende Aktivitäten ausgegeben wird. Studien aus dem Ausland lassen befürchten, dass viele Massnahmen ein Schlag ins Leere sind.

**dsc.** Zu den möglichen Reaktionen auf Fälle von Jugendgewalt gehört der Ruf nach einer Verstärkung der Prävention. Verlockend ist die Vorstellung, mit speziellen Unterrichtsformen, Theaterprojekten, Sonderwochen oder Broschüren dem viel diskutierten Problem der Jugendgewalt möglichst ohne jene Massnahmen Herr zu werden, die als repressiv gelten. Zu den wenigen, die sich einen Überblick über die unzähligen Projekte in den Kantonen, Gemeinden und einzelnen Schulen verschafft haben, gehört Denis Ribeaud vom Pädagogischen Institut der Universität Zürich. Zusammen mit Manuel Eisner hat er 2006 die Studie «Prävention von Jugendgewalt» im Auftrag der Eidgenössischen Ausländerkommission verfasst. Laut Ribeaud wird in der Schweiz schon sehr viel gemacht, es wird viel Geld ausgegeben und die Beteiligten seien auch mit viel Eifer bei der Sache. In Basel heisst das etwa: Es gibt eine eigene Fachstelle mit drei Mitarbeitern, und es stehen weiter jährlich 50 000 Franken für Massnahmen an den Schulen zur Verfügung, wie es auf Anfrage heisst. Zu bemängeln ist laut Ribeaud denn in quantitativer Hinsicht allenfalls ein gewisser Mangel in den Agglomerationsgemeinden, dem eine Häufung von Angeboten in den Städten gegenüberstehe. Was aber den Erziehungswissenschaftler hauptsächlich stört, ist die meist ungeklärte konkrete Wirkung der Massnahmen.

## Bisher wenig Interesse an Analysen?

Dieses Problem wird auch auf höchster Ebene behandelt. Das Departement des Innern wird Ende Jahr einen Bericht vorlegen, ausgelöst durch ein

Postulat der früheren Nationalrätin und jetzigen Bundesrätin Doris Leuthard. Sie forderte 2003 einen Überblick über die bisher von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden eingeleiteten Massnahmen, einschliesslich einer Bewertung der Wirksamkeit. Doch warum werden seit Jahren Angebote ohne eingehende Bewertung der Wirkung durchgeführt? – «Die Anbieter von Projekten haben oft kein grosses Interesse an Wirksamkeitsanalysen. Diese sind zum einen recht teuer und bergen zum anderen die Gefahr, darauf zu kommen, dass die Massnahme nicht viel bringt», sagt Denis Ribeaud. Bei einem knapp ein Jahr dauernden Teil des Zürcher Präventionsprogramms Z-Proso, an dem Ribeaud beteiligt ist, stehen etwa Programmaufwendungen von wenigen hunderttausend Franken einem Überprüfungsverfahren gegenüber, das in den ersten drei Jahren rund 1,2 Millionen Franken gekostet hat.

Politikerinnen und Politiker wollten der Öffentlichkeit beim Thema Jugendgewalt rasch zeigen, dass etwas getan werde, so Ribeaud. Sein Kollege Manuel Eisner kritisierte im letzten Sommer die Medienmitteilung zu den Resultaten eines grossen Programms als beschönigend. Einmal zuzugeben, dass eine Massnahme keine Erfolge gezeigt habe, falle schwer, sagt Ribeaud. Um langfristig wirkungsvolle Massnahmen zu finden, müssten auch negative Ergebnisse zu den wertvollen Erfahrungen gezählt werden, und es sollten keine allzu raschen und durchschlagenden Erfolge erwartet werden.

## Ernüchternde Ergebnisse aus den USA

Skepsis erscheint jedenfalls als sinnvolle Grundeinstellung gegenüber der Prävention. In den USA sei in den letzten Jahren die Wirkung von 600 Programmen zur Jugendgewalt langfristig getestet worden. Bei nur einem Dutzend konnten laut Ribeaud wiederholt «nachhaltig» positive Ergebnisse nachgewiesen werden. In der Schweiz gebe es bei den meisten Angeboten heute höchstens eine Überprüfung der eigentlichen Umsetzung. Das heisst: Man fragt beispielsweise die Jugendlichen, ob sie von der Massnahme beigeis-

tert sind, oder die Lehrer haben zu erklären, ob sie ein Projekt, das sie selbst umgesetzt haben, als sinnvoll erachten. Für weitreichendere Analysen müssten freilich die vielen verschiedenen Massnahmen auch etwas systematischer organisiert werden. Ein wichtiger Punkt müsste der Vergleich jener Gruppe sein, die ein Programm durchgemacht hat, mit einer Kontrollgruppe, die von den Massnahmen nicht erfasst wurde. Es gab in der Schweiz bisher nur einige Projekte im Bereich der Gewaltprävention, deren Wirkung so überprüft worden ist.

Die nachgewiesene Wirkung sei dabei bis anhin «eher bescheiden», sagt Ribeaud – notabene: Es handelt sich gerade um professionelle und ambitionierte Konzepte. Zu einem im Rahmen von Z-Proso 2005 durchgeführten einjährigen Schulprogramm mit einer Testgruppe von insgesamt rund 1300 Erstklässlern lautet eine gegenwärtige Beobachtung: «Insgesamt keine Veränderung des Sozialverhaltens»; lediglich bei den Konfliktlösungsmustern seien «Hinweise» auf verringerte aggressive Verhaltensweisen feststellbar. Ribeaud ist allerdings optimistisch, dass sich die Wirkung dieser Unterrichtsformen in einigen Jahren bei den Schülern doch besser nachweisen lasse.

## Es gibt wirkungsvolle Methoden

Wissenschaftliche Studien und Versuche im Ausland haben aufgezeigt, welche Wege der Prävention erfolgversprechend sind und welche nicht. Erhebliche Zweifel gibt es laut Ribeaud an der Wirkung der unzähligen punktuellen Schulhausaktionen zum Thema Gewalt. Auch sogenannte universalpräventive Massnahmen für ganze Schulklassen würden kritisch betrachtet. Dabei geht man beispielsweise davon aus, mit Trainingsprogrammen das Sozialverhalten der Jugendlichen zu verbessern. Solche Massnahmen würden aber meist zu spät durchgeführt, sagt Ribeaud. Sinnvoll seien diese vor dem zehnten Altersjahr. Bei Jugendlichen wirkten vorab intensive Einzelmassnahmen in Problemfällen. Dabei seien etwa auch polizeiliche Verbote gegen den Aufenthalt in gewissen Zonen denkbar. Als wich-

tig wird der Einbezug der Eltern betrachtet. Dabei zielen viele Projekte aber rasch ins Leere.

In der Stadt Zürich wurde in den vergangenen Jahren das Programm «Triple P» («Positive Parenting Programme») durchgeführt. Ernsthaften Verhaltens- und Entwicklungsschwierigkeiten soll damit von Geburt an bis zum zwölften Lebensjahr vorgebeugt werden. Im Konzept vorgesehen sind vier zweieinhalbstündige Elternsitzungen in Kleingruppen mit bis zu vier darauf folgenden telefonischen Kontakten, welche die Eltern bei der Entwicklung ihrer Erziehungsziele unterstützen sollen. «Wir konnten nur 25 Prozent der Eltern-Zielgruppe zur Teilnahme bewegen, obwohl wir mit verschiedenen Strategien versucht haben, möglichst viele Eltern einzubeziehen», erklärt Denis Ribeaud. Es nahmen schliesslich vor allem Väter und Mütter aus dem Mittelstand teil, deren Kinder nicht zu den schwierigsten Fällen gehörten.

Mit fremdsprachigen Kursen wurde versucht, gezielt Migranten anzusprechen – mit wenig Erfolg. Zwangsmassnahmen würden bei solchen Eltern-Weiterbildungen aber selten etwas bringen. Denn in Fällen, wo diese angeordnet werden könnten, seien die Kinder oder Jugendlichen ohnehin schon älter und die Wirkung verbesserter Erziehung nicht mehr so ohne weiteres gegeben, so Ribeaud. Man müsse versuchen, die Eltern auf Erziehungsprobleme hinzuweisen, wenn sie dafür noch leicht zu motivieren seien. Am besten funktioniere dies, wenn das erste Kind geboren werde. Nachdem der Sohn oder die Tochter zu Klagen Anlass gegeben habe, empfinden es Eltern hingegen als stigmatisierend, in einen Kurs gerufen zu werden.

## Kulturelle Frage nicht ausblenden

Soll man in die Präventionsmassnahmen vermehrt die kulturelle Frage einfließen lassen und etwa die viel gescholtenen Einwanderer aus Südosteuropa stärker in Projekte einbeziehen? Ribeaud winkt ab. Die Kriminologie sei sich einig, dass die Ursachen für Gewalt in allen Kulturen dieselben sind. Allerdings unterscheide sich die Verbreitung bestimmter Risikofaktoren. So sei